



Guten Morgen

Mit einer Mischung aus Bewunderung und Belustigung blickt Kiebitz dieser Tage in Richtung Bayern. Das liegt nicht am Oktoberfest, sondern an der im Freistaat bevorstehenden Landtagswahl. Dass Politiker sich lustige Dinge ausdenken, um die Gunst der Wähler zu gewinnen, ist ja nichts Neues. Doch Markus Söder hat mal wieder den Vogel abgeschossen – Entschuldigung! – die Rakete. Denn er will ein bayerisches Raumfahrtprogramm auflegen. Und zumindest logo-technisch macht der süddeutsche Ministerpräsident Nasa und Roskosmos locker Konkurrenz: Denn das Logo von „Bavaria One“ zeigt: Markus Söder. Kiebitz findet: das hat Potenzial. Wenn es in Geilenkirchen mal nicht rund läuft, sollte die Stadt ebenfalls ein Weltprogramm auflegen, vielleicht mit Elektroraketen. Kiebitz hat zwar keine Ahnung von Raketenwissenschaft (also wahrscheinlich in etwa so viel wie Markus Söder), steht für das Logo aber jederzeit gerne zur Verfügung.



KURZ NOTIERT

Polizei sucht nach Exhibitionisten

ÜBACH-PALENBERG Drei Fälle von Exhibitionismus sind in den vergangenen Wochen der Polizei angezeigt worden. Die Ermittler gehen davon aus, dass für alle drei Fälle derselbe Täter verantwortlich ist. Der jüngste Fall hat sich vergangenen Sonntag gegen 16.45 Uhr auf dem Friedhof an der Annabergstraße abgespielt. Eine 74 Jahre alte Seniorin bemerkte dort einen Mann, der zunächst mit dem Gesicht zu einem Baum stand. Als er sich in Richtung der Geschädigten umdrehte, zeigte er ihr sein entblößtes Geschlechtsteil.

Die anderen beiden Vorfälle haben sich in den frühen Abendstunden des 8. September (Samstag) sowie des 13. September (Donnerstag) abgespielt. Damals zeigte sich die unbekannte Person in Geilenkirchen-Würm am Wurmweg und in Hückelhoven-Hilfarth am Himmericher Weg Frauen in ähnlicher Weise.

Bei dem Täter handelt es sich um einen etwa 20 bis 30 Jahre alten Mann, der circa 170 bis 180 Zentimeter groß und von schlanker Statur ist. Er spricht akzentfrei Deutsch und hat kurze, braune Haare. In allen Fällen benutzte der Unbekannte einen bordaux-farbenen oder dunkelroten Motorroller mit Versicherungskennzeichen. Im aktuellen Fall hatte er einen grünen Motorradhelm dabei.

Die Polizei hat in allen Fällen die Ermittlungen aufgenommen. Zeugen und auch mögliche weitere Geschädigte werden gesucht. Hinweis an 02452/9200.

KONTAKT

Geilenkirchener Zeitung

Lokalredaktion

02451 40956-30

Mo.-Fr. 9-18 Uhr

lokales-geilenkirchen@zeitungsverlag-aachen.de

Haihover Str. 50, 52511 Geilenkirchen

Kundenservice

0241 5101-701

Mo.-Fr. 6.30-18 Uhr, Sa. 6.30-14 Uhr

kundenservice@zeitungsverlag-aachen.de

Vor Ort:

Buchhandlung Lyne von de Berg (mit Ticketverkauf),
Gerbergasse 5, 52511 Geilenkirchen
Mo.-Fr. 9-18 Uhr, Sa. 9.30-13 Uhr

Anzeigenberatung für Geschäftskunden

02451 40956-11

mediaberatung-geilenkirchen@zeitungsverlag-aachen.de

Apfelstraße 48, 52525 Heinsberg

Aachener Zeitung

www.aachener-zeitung.de/kontakt

Entscheidung zur Amselschule fällt aus

Einzelheiten zu einer angeblichen Gefährdung der Gesamtschule bleiben unklar. Gründer ziehen Antrag zurück.

VON JAN MÖNCH

GANGELT Eigentlich hätte der Dienstag zum Tag der Entscheidung für die Amselschule werden sollen. Doch wenige Stunden vor der Sitzung des Gemeinderats zog die Gründungsinitiative gestern überraschend ihren Antrag zurück. Ob es in Gangelt eine freie Grundschule geben wird, bleibt damit bis auf Weiteres unklar.

Der Grund für den plötzlichen Rückzieher hatte sich in der Schulausschusssitzung am Abend zuvor ergeben. Die Köpfe der Gründungsinitiative, Kristina und Marlon Dahlmanns und Katrin und Markus Salden, präsentierten ihre Pläne und stellten sich Rückfragen des Gremiums. Auf Basis dessen sollte der Gemeinderat gestern die Entscheidung treffen, ob unweit der Gesamtschule ein neues Schulgebäude entstehen darf.

Doch die Verwaltung hatte auch Schulamtsdirektor Christoph Esser vom Kreis Heinsberg sowie den vom Kreis Heinsberg beauftragten Gutachter Wolf Krämer-Mandau eingeladen. Ihre Einschätzungen lassen sich so zusammenfassen, dass Gangelt der falsche Ort für die Amselschule sei, und zwar wegen der Konkurrenz für die Regelschulen.

Keine reine Grundschule

Die behördlichen Sorgen beziehen sich offenbar besonders auf die Gesamtschule Gangelt-Selfkant. Denn die Amselschule will langfristig keine reine Grundschule bleiben, sondern vier Jahre nach den ersten Einschulungen auch eine Sekundarstufe I bilden. Damit, so die Warnung, geriete auch die Gesamtschule in Gefahr, die vierzünftig sein muss. „Die Erfolge, die Sie aufgebaut haben, werden so nicht mehr zu halten sein“, sagte Krämer-Mandau.

Dieser Vortrag war es, der dazu führte, dass die Amselschule am folgenden Tag ihren Antrag zurückzog. Denn die Zahlen, die die angebliche Gefährdung der Gesamtschule belegen sollten, waren bei der



Die Gründer der Amselschule hatten das Grundstück östlich der Gesamtschule und südlich des Sportplatzes für ihr Gebäude vorgesehen. Zurzeit wird das Grundstück noch landwirtschaftlich genutzt.

FOTOS: JAN MÖNCH, DPA

Präsentation kaum zu erkennen. Vor allem aber wurden sie der Politik nicht schriftlich zur Verfügung gestellt. Man wolle „allen Beteiligten die Möglichkeit geben, die genannten Zahlen selbst zu überprüfen“, schrieben die Schulgründer der Gemeindeverwaltung. Davon, dass der Unterricht kommendes Jahr im neuen Schulgebäude hätte starten können, war man offenbar sowieso nicht mehr ausgegangen.

Ein Nein lag in der Luft

Der Rückzieher könnte eine weise Entscheidung gewesen sein. Denn die angebliche Gefährdung der Gesamtschule hatte dem Ausschuss und auch Bürgermeister Bernhard

Tholen (CDU) erkennbar Unbehagen bereitet. Es lag in der Luft, dass der Gemeinderat den Amsel-Gründern eine Absage erteilen würde. Dem wären sie nun zuvor gekommen.

Wie konkret aber wäre die Gefahr für die Gesamtschule? Dem Schulausschuss wohnte auch Gesamtschulleiter Reinhold Schlimm bei, der feststellte, dass man pro Jahr „110 Schüler plus x“ benötige, um Planungssicherheit zu genießen, was eher nach einer allgemeinverbindlichen Festlegung als nach einer eindringlichen Warnung klang.

Die Amselschule lehnt sich stark an die Montessori-Pädagogik an und versteht sich als Gegenentwurf zu der traditionellen Schulidee, sie verzichtet auf Klassen ebenso wie auf Hausaufgaben. Stattdessen lernen die Kinder altersübergreifend, wann sie wollen und was sie wollen. All das soll umgesetzt werden in einem rund zwei Millionen Euro teuren Gebäude, das auf einem zurzeit noch landwirtschaftlich genutzten Grundstück östlich der Gesamtschule und südlich des Sportplatzes entstehen soll.

Rein formell betrachtet hat die Gangelter Kommunalpolitik gar nicht die Möglichkeit dazu, über die Amselschule zu entscheiden. Das Recht, freie Schulen zu gründen, ist im Grundgesetz ebenso ver-

brieft wie in der Landesverfassung. Das gilt allerdings nicht für die Änderung von Flächennutzungsplänen und die Aufstellung von Bebauungsplänen. Weil beides für den Bau des Schulgebäudes notwendig ist, muss das Thema also doch über die kommunalpolitische Hürde: De jure geht es um Baurecht, de facto um die Frage, ob man in Gangelt eine freie Grundschule will oder nicht.

Überraschend kam sicher auch für die Gründungsinitiative, dass Zweifel am pädagogischen Kon-

zept im Schulausschuss praktisch gar nicht laut wurden. Schulamtsdirektor Esser stellte sogar fest, dass „die pädagogischen Gemeinsamkeiten mit den Regelschulen deutlich überwiegen“ und die Amselschule in vielen Punkten für „genau die Dinge steht, die auch unsere Lehrpläne prägen“. Pädagogisch bestehe daher „keine Notwendigkeit“ für eine freie Schule.

Die Gründungsinitiative dürfte ihre Schwierigkeiten damit haben, diese Behauptung ernst zu nehmen. Täte sie es doch, müsste man ihre Mitglieder fragen, wofür sie eigentlich seit mehr als einem Jahr einen großen Teil ihrer Freizeit opfern.

EINE FARBE WENIGER

Keine Grünen mehr im Gangelter Gemeinderat

Der Gangelter Gemeinderat ist um eine Farbe ärmer: Die Grünen sind ab sofort nicht mehr vertreten. Grund ist der Wechsel der Parteizugehörigkeit von Horst Frank, der bei den Grünen ausgetreten ist und nun der FDP angehört. Dies bestätigte die Gemeindeverwaltung Gangelt diese Woche.

Bei der Kommunalwahl war Horst Frank als einziger Grüner in den Gemeinderat eingezogen. Auch die FDP war in Person von Ingrid Heim nur noch mit einem Mitglied vertre-

ten. Die beiden schlossen sich daraufhin zur grün-liberalen Fraktion zusammen. Die sehr ungewöhnliche Zusammenstellung hatte sicherlich auch damit zu tun, dass es mindestens zwei Personen braucht, um einen Fraktionsstatus zu erreichen. Die Mitgliedschaft als Einzelkämpfer im Rat hat entscheidende Nachteile, beispielsweise können keine Anträge gestellt werden.

Durch Horst Franks Parteiwechsel gibt es nun wieder eine reine FDP-Fraktion im Gemeinderat. Die Änderung im politischen Farbenspiel griff bereits mit der gestrigen Ratssitzung. (jpm)



Die Amsel ist der Namensgeber für die freie Schule. Der Name ist ein Akronym, das ausgeschrieben für „Aktives Miteinander von Eltern, Schülern und Lehrern“ steht.

Beratungsstelle für jugendliche Schwule und Lesben

Geilenkirchener Jugendhilfeausschuss genehmigt 12 000 Euro für neue Einrichtung, die die erste ihrer Art im Kreis wäre

GEILENKIRCHEN „Die Selbstmordrate unter lesbischen und schwulen Jugendlichen ist sieben Mal höher als bei heterosexuellen jungen Leuten. Das Hauptmotiv der Jugendlichen und jungen Erwachsenen ist die Einsamkeit.“ Peter Barwinski, Leiter des Jugendhauses Franz von Sales, nannte viele weitere Zahlen und Fakten, als er in der jüngsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses sein Regenbogenprojekt vorstellte.

Mit diesem Projekt will er in Geilenkirchen ein Beratungs- und Unterstützungsangebot für junge Menschen der LSBT-Gruppe – Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transsexuelle – einrichten. Für dieses im Kreis Heinsberg einzigartige Projekt hatte Barwinski ei-

nen Zuschuss in Höhe von 12 000 Euro beantragt, den der Ausschuss einstimmig gewährte.

Der Grundstein für dieses Projekt wurde im vergangenen Jahr beim Kinder- und Jugendhilfetag in Düsseldorf mit 10 000 Fachteilnehmern gelegt. „An einem Informationsstand über sexuelle Vielfalt habe ich lange Gespräche geführt“, blickte Barwinski zurück.

Bei diesen Gesprächen sei ihm bewusst geworden, dass es im Kreis Heinsberg keine Angebote für lesbische und schwule Jugendliche und junge Erwachsene gebe. „Mir war gar nicht klar, wie vielfältig diese Welt ist. Sieben Prozent der Jugendlichen sind schwul oder lesbisch. Dazu kommen noch eine Dunkelziffer und die bi- und transsexuel-

len jungen Leute, die nicht erfasst sind. Somit sind etwa zehn Prozent der Jugendlichen betroffen.“ Täglich seien auf den Schulhöfen Ausdrücke wie „schwule Sau“ oder „Kampfliebe“ als Schimpfworte oder als Ausdruck des Missfallens zu hören.

Probleme in der Schule

Groß seien deshalb die Ängste vor dem Outen. „Diese Jugendlichen brauchen eigentlich einen Gesprächspartner. Sie ziehen sich aber zurück, verstecken sich. Sie treten nicht mehr in Erscheinung. Es gibt sie aber überall mit ihren Nöten“, sagte Barwinski, der dem Ausschuss weitere Fakten nannte. Demnach haben 73,9 Prozent der betroffenen Jugendlichen und jungen Er-

wachsenen Angst vor Ablehnung durch den Freundeskreis, 69,4 Prozent Angst vor Ablehnung durch Familienmitglieder und 60,5 Prozent Angst vor Problemen in Schule oder Ausbildung.

„Diese Ängste sind berechtigt“, weiß Barwinski. Denn „82 Prozent haben Diskriminierung und 60 Prozent aller jungen Schwulen Gewalterfahrung erlebt.“ 70 Prozent aller Jungen und 50 Prozent aller Mädchen würden LSBT ablehnen. „20 Prozent aller Mütter und 25 Prozent aller Väter lehnen ihr Kind ab.“ Der Rückzug in die Isolation und Einsamkeit, Flucht in Drogenkonsum und die Empfänglichkeit für „schlechte Freunde“ seien oft die Folgen. Von den 400 bis 500 Betroffenen hätten erfahrungsgemäß etwa

15 Prozent Beratungsbedarf. „Dazu kommen Eltern und Geschwister oder sogar Fußballtrainer, die helfen wollen“, sagte Barwinski. Die nächsten Selbsthilfegruppen seien in Aachen und Mönchengladbach, die nächsten professionellen Beratungsstellen in Köln und Düsseldorf. Er wolle nun in Geilenkirchen eine Onlineplattform, E-Mail-Beratung und persönliche Beratung durch einen pädagogisch geschulten Mitarbeiter anbieten. Das Projekt sei zunächst für 18 Monate angelegt.

„Was ist eigentlich normal?“, fragte Barwinski abschließend. „Bei 1500 Tierarten ist homosexuelles Verhalten normal“, gab Barwinski selbst die Antwort und erhielt für seinen Vortrag viel Beifall von den Ausschussmitgliedern. (st)